Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn in der 51. Woche vom 15. Dezember bis 21. Dezember 1 Billion M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Milliarden M. Einzelnummer 200 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 292 | Dresden, Montag den 17. Dezember 1923 | 34. Jahrg.

Frankreich gestattet „Anhören"

Aber die Besatzungsmaßnahmen, Rheinlandkommission und Repko bleiben unangetastet

Die Reichsregierung hat dem französischen Ministerpräsidenten am Sonnabend durch den deutschen Geschäftsträger in Paris ihre Auffassung über die zur Klärung der Lage im Ruhrgebiet im Zusammenhang mit der Lösung des Reparationsproblems notwendige Politik mitteilen lassen. Gleichzeitig wurde in Brüssel bei der belgischen Regierung ein diplomatischer Schritt unternommen. Sowohl der französischen als auch der belgischen Regierung wurde u. a. mitgeteilt, daß die wirkliche Lösung der Reparationsfrage nur in einer unter Beteiligung aller interessierten Mächte herbeizuführenden Neuregelung bestehen könne, die zugleich die von der Reparationsfrage untrennbare Rhein- und Ruhrfrage mit umfassen müsse. Poincaré hat sich eine nähere Schilderung der deutschen Auffassung schriftlich geben lassen. Aus einer Auslassung der Havas-Agentur ist zu ersehen, welche Stellung die französische und die belgische Regierung zu dem deutschen Schritt in Paris und Brüssel einnehmen. Frankreich und Belgien sind im Grundsatz bereit, mit Deutschland zu verhandeln, erinnern aber gleichzeitig an die allgemeinen Grundsätze ihrer bisherigen Politik. Das seien:

Ausführung des Friedensvertrages, keine Schmälerung der Rechte der Reparationskommission, keine Schmälerung der Rechte der Rheinlandkommission und keine Diskussion über die von den französisch-belgischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiete getroffenen Maßnahmen.

Paris, 16. Dezember. In der soeben überreichten Antwort der französischen Regierung heißt es:

Nachdem der passive Widerstand eingestellt zu sein scheine, sei der Ministerpräsident jederzeit geneigt, sich mit dem offiziellen Vertreter der deutschen Regierung über alle Fragen zu besprechen. Was die Reparationen betreffe, so werde die französische Regierung weder die durch den Friedensvertrag eingesetzte Kommission ihrer Kompetenzen entkleiden noch irgendeiner Regelung zuzustimmen sich bereit finden, die nicht streng dem Friedensvertrag entspreche. In der Rhein- und Ruhrfrage könne sich die französische Regierung nicht dazu bereitfinden, die französisch-belgischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet oder die Interalliierte Oberkommission im übrigen besetzten Gebiet ihrer Kompetenzen zu entkleiden. Was die Festsetzung eines Modus vivendi im Ruhrgebiete oder im alliebesetzten Rheinlande anlange, so sei der französische Ministerpräsident durchaus geneigt, die Vorschläge der Berliner Regierung anzuhören. Er wäre namentlich bereit zu allen Unterhandlungen bezüglich der Verhandlungen über die Abmachungen mit den Industriellen, der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens und bezüglich der Verwaltungsfragen. Voraussetzung sei dabei, daß die französische Regierung ihr unbedingtes Recht wahre, die Rückkehr ausgewiesener Personen nach Prüfung der Einzelfälle zuzulassen. Poincaré erklärt am Schluß der Antwort, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission ihre regelmäßige Tätigkeit noch nicht hätte aufnehmen können, und daß dementsprechend Deutschland nicht behaupten könne, daß es den Friedensvertrag loyal ausführe.

•

Der Sinn der mitgeteilten und weiterer Darlegungen ist, daß die französischen Machthaber jetzt keine Gründe mehr anführen können, direkte Verhandlungen abzulehnen. Doch sie wollen aber eventuelle Verhandlungen von vornherein für französische Interessen „ungefährlich" machen, sofern man das zugesagte „Anhören" deutscher Wünsche überhaupt als Verhandlungen werten will. Das Ganze ist ein Spiel mit Worten, das nach außen den Eindruck erwecken soll, Frankreich sei nachgiebig gestimmt. In Wirklichkeit wird gar nichts zugesagt und versprochen. Repko und Rheinlandkommission behalten ihre Macht, über die Besatzungsmaßnahmen darf nicht gesprochen werden, höchstens können deutsche Wünsche über die Abkommen mit den Industriellen geäußert werden. Das ist alles. Poincaré behält alle Trümpfe, alle Macht in seiner Hand. Geändert allein hat sich bei ihm die Sprache. Er verweigert nicht mehr in schroffem, anmaßendem Ton, sondern höflich, sachlich korrekt. Aber er gibt auch nichts nach. Man hört nur die Stärke des Siegers, die Abweisung des Gegners, die Diktatur seiner eigenen Maßnahmen über ihn. So ist aus dem weiteren „Anhören deutscher Wünsche" zunächst nicht viel zu erhoffen. Verhandlungen, wirkliche Verhandlungen sind nicht zugesagt, am wenigsten zur Lösung des gesamten Reparationsproblems. Poincaré hält seine Alliierten von solchen Verhandlungen auch weiterhin fern. Er läßt sie nur durch die ungefährlichen Unterkommissionen der Repko zu, die aber auch nur zu „prüfen" haben.

So spielt die französische Macht in Europa.

•

Stresemann für internationale Verständigung

Außenminister Dr. Stresemann hat am Sonntag in Berlin vor dem Verein Berliner Presse eine Rede gehalten, der auch der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichstagspräsident usw. beiwohnten. Stresemann sprach über die Schuldfrage und die Veröffentlichung der Akten des Auswärtigen Amtes, wandte sich dann der Ruhrfrage zu und sagte:

Es ist unerhört, daß auf das deutsche Memorandum der Regierung Cuno, in dem wir uns zur Verpfändung von Eisenbahn, Grundbesitz und deutscher Wirtschaft bereit erklärt haben, überhaupt keine Antwort erfolgt ist. Wir sind bereit, den Weg internationaler Verständigung zu gehen. Zu meinem lebhaften Bedauern sind aber dafür feste Aussichten noch nicht gegeben, und der Schritt der deutschen Regierung beim französischen Ministerpräsidenten hat zu dem Einwand geführt, der passive Widerstand sei immer noch nicht beendet, da die Militärkontrolle in Deutschland noch nicht wieder eingeführt sei. Wenn wir in voller Ueberzeugung unsrer Verantwortung uns gegen die Wiederaufnahme der Kontrolle gewehrt haben, so geschah es aus dem Grunde des Schutzes derjenigen, die diese Kontrolle vorzunehmen haben. Die Erregung in der Bevölkerung sei tatsächlich so groß, daß die Verantwortung für diejenigen, die die Kontrolle durchführen sollen, von der Regierung nicht übernommen werden könne. Das sei kein Vorwurf für das deutsche Volk, vielmehr bewundere er die Besonnenheit des Volkes nach all den Demütigungen, die ihm jahrelang zugemutet worden sind. Wir gehen den Weg der Verständigung. Durch all das Schwere ist uns der Begriff des Staates beinahe verloren gegangen. Zum Staate gehört Autorität nach innen und außen, sie wird uns genommen. Aber jede deutsche Regierung wird angegriffen, weil sie nicht genügend Autorität zum Ausdruck bringe. Wenn man uns die ruhige Entwicklung von außen garantiert, werden wir auch im Innern ruhigen Zeiten entgegengehen. Stresemann schloß mit dem Dank ans Ausland für Unterstützungen und Hilfe.

Die Arbeiterregierung unvermeidlich

Keine Koalitionsregierung in England möglich

London, 15. Dezember. Lloyd George tritt im Daily Chronicle mit dem nächsten Schritt in der innerpolitischen Lage für ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung beim Zusammentritt des Unterhauses ein und ist der Ansicht, eine Arbeiterregierung sei unvermeidlich. Jetzt sei keine Partei stark genug, um ohne Unterstützung oder wenigstens Zustimmung einer andern Partei zu regieren. Das Koalitionsexperiment könne nicht erneuert werden. Eine Koalition zwischen Liberalen und Konservativen oder Liberalen und Arbeitern komme nicht in Frage. Jeder Gedanke eines Zusammenwirkens zwischen Konservativen und Liberalen müsse als abgetan gelten. Die dringendste Frage sei, ob die Arbeiterpartei, wenn sie die Verantwortung trage, ihre aufreizenden Doktrinen in die Praxis umsetzen oder die revolutionäre Fackel still auslöschen werde. Das Wesentliche unter den augenblicklichen Umständen sei jedoch, das die sozialistische Partei nicht ohne liberale Zustimmung regieren könne. Ein großer Teil des Arbeiterprogramms sei identisch mit dem der Liberalen. Neun Zehntel der Mitglieder der Arbeiterpartei würden froh sein, die notwendige Beschränkung mit der Tatsache zu erklären, daß die Partei eine Minderheit im Hause darstelle, und daß daher Vermögensabgabe und Verstaatlichung der Hauptindustrien aufgeschoben werden und andre Maßnahmen den Vorrang erhalten müßten, die dann die Liberalen herzlich gern unterstützen würden.

Staat und Wirtschaft

Im Zentrum unsres gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens steht die Währungsfrage. In allen politischen Lagern, in den Kreisen der Unternehmer wie der Arbeiterschaft, besteht über einen Punkt keinerlei Meinungsverschiedenheit: unsre Währung kann nur dann stabilisiert werden, wenn die öffentlichen Ausgaben ins Gleichgewicht gebracht werden mit den Einnahmen. Die geradezu tolle Defizitwirtschaft muß also radikal beseitigt werden.

Wie aber soll das Defizit beseitigt werden? Die Regierung in Uebereinstimmung mit den führenden Unternehmerkreisen sagt: 1. durch Sparmaßnahmen, 2. durch Mehrarbeit, 3. durch niedrige Löhne und Gehälter, um die Produktionskosten herabzudrücken, 4. durch neue Steuern.

Das heißt in Wirklichkeit das Pferd beim Schwanz aufzäumen. Vergleicht man die Ausgaben des Reiches mit den Ausgaben vor dem Kriege, dann stellt man fest, daß diese, wenn man die zeitweiligen Ausgaben infolge der Ruhrbesetzung abzieht, trotz vielen neuen Lasten und trotz dem Zurückgehen der Kaufkraft der Goldmark viel niedriger sind. Es müssen also zunächst die Einnahmen gesteigert werden. Gewiß soll und muß durch eine Vereinfachung der Verwaltung überall da gespart werden, wo es möglich ist. Aber ein Staat wird nicht zahlungsfähiger durch Vernachlässigung der ihm zustehenden Verwaltungs- und Kulturaufgaben, sondern durch Förderung der Voraussetzungen für eine Höherentwicklung der gesamten Wirtschaft.

Wenn nun die Regierung gar diese Höherentwicklung unterbindet, indem sie die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke beschneidet, die eigenen Einnahmequellen verstopft durch Unterhöhlung der Kaufkraft der Massen, die Produktivität zu steigern versucht, wie es das Kapital in seinen Anfängen machte, nämlich durch eine Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeiter, so bedeutet das alles zusammen praktisch den Versuch, Deutschland zurückzu-

Verhandlungen über die Regierungsfrage

Die Landesinstanzen der V. S. P. D. in Verbindung mit der Landtagsfraktion, tagten am Sonnabend den 15. Dezember, um zu der durch den Rücktritt des Ministeriums Fellisch gegebenen Situation Stellung zu nehmen. Die Instanzen beschlossen, entsprechend den Entschließungen des Landesparteitages vom 2. Dezember mit den Kommunisten in Verhandlungen einzutreten.

•

Die Leipziger Volkszeitung schreibt zum Rücktritt der Regierung Fellisch:

Welche Folgen diese neueste Krise haben wird, und wie ihre Lösung erfolgen wird, ist noch gar nicht abzusehen. Die zugespitzten Verhältnisse im Reiche und die Handhabung des Ausnahmezustandes lassen allerhand Befürchtungen zu für den Fall, daß die Krise sich wieder längere Zeit hinziehen sollte. Die Aussichten kennzeichnen auch die Leichtfertigkeit, mit der die Kommunisten immer wieder die Interessen der Arbeiterklasse gefährden. Denn der Sturz der Regierung, den sie so lebhaft betrieben haben, bedeutet eine Stärkung der militärischen Gewalthaber und erhöht die Gefahren für die Republik und die Arbeiterklasse.

Wann und wie die Krise beendet werden wird, ist noch völlig ungewiß. Das Verhalten der beiden Nachbarparteien links und rechts von uns hat die Regierungsbildung außerordentlich erschwert. Wie die Parteien, die heute so laut ihr Mißtrauen gegen unsre Regierung bekundet haben, morgen mit einem Male wieder so viel Vertrauen aufbringen sollen, eine neue sozialdemokratische Regierung in den Sattel zu heben, ist eigentlich kaum zu begreifen. Und dann kommt es ja schließlich auch noch darauf an, ob unsre Partei diesen Parteien wieder so schnell ihr Vertrauen entgegenbringen kann. Auch die stärkste Partei kann es sich schließlich nicht jahrelang leisten, **aller drei bis vier Wochen die Regierung zu wechseln, wenn sie nicht ihr eigenes Ansehen untergraben und ihre brauchbarsten Leute abwirtschaften lassen will.** Der widerlichen Komödie muß einmal ein Ende gemacht werden.

Die jetzige Entwicklung der Dinge hat die zur Entscheidung drängenden Fragen noch schärfer herausgearbeitet. Weitere unsichere Experimente sind kaum noch in Betracht zu ziehen. Es gibt u. E. nur zwei Möglichkeiten, wenn man nicht wieder nur einen Notbehelf schaffen, d. h. die Krise weiter im Dauerzustand erhalten will: Entweder eine Koalition, bei der bestimmte Sicherungen vorhanden sein müssen, oder die Auflösung des Landtages und der Appell an die Wähler.

Diese Entscheidung ist für die Partei von so außerordentlicher Bedeutung, daß sie nur von der Gesamtpartei geschaffen werden kann; um so mehr, da sich der letzte Parteitag ausdrücklich die Entscheidung über die Frage einer jeden Koalition vorbehalten hat. Ebenso wichtig wie die Koalitionsfrage ist aber die Frage der Neuwahl. Auch hier ist die Verantwortung so groß, daß man diese letzte Entscheidung weder der Fraktion, deren Stimmrecht man erst vor 14 Tagen sehr stark reduziert hat, noch einem Insbesondere-Kollegium von 12 bis 20 Mann überlassen kann.

•

Die Chemnitzer Volksstimme sagt:

Bei der künftigen Entscheidung muß kühl und leidenschaftslos erwogen werden, was auf dem Spiele steht. Wenn das Drängen der Reaktion, die Gewalt in den Einzelstaaten in die Hand zu bekommen und die Ausführung der Gesetze und Verwaltung zu beeinflussen, Erfolg hat, dann bedeutet das mehr als gemeinhin angenommen wird. Aufgegebene Machtpositionen sind nicht so leicht wieder zu erobern. Und ob die dauernden Krisen die Republik festigen, das ist sehr zweifelhaft."

•

Die Demokraten und das gestürzte Kabinett Fellisch

Die Vorsitzenden der demokratischen Landtagsfraktion, so berichten die Leipziger Neuesten Nachrichten, die Abgeordneten Dr. Seyfert und Dr. Dehne, gaben in einer Besprechung mit Pressevertretern, an der auch unsre Dresdner Schriftleitung beteiligt war, Aufklärung über die Vorgeschichte zum Sturze der Regierung Fellisch. Bei Eingehen der „stillen Koalition" sei es den Demokraten klar gewesen, daß eine Unterstützung der Regierung nur in Frage kommen könne, wenn der Ministerpräsident Fellisch den zugesagten neuen Kurs einhalten würde. Die demokratischen Forderungen für eine Unterstützung der Regierung Fellisch bestanden

1. in einem Verlassen des klassenkämpferischen Standpunktes der Regierung und deren Arbeit für das gesamte Volk,

2. in einer Aenderung der parteipolitischen Personalpolitik, die mit einer Demokratisierung der Verwaltung nichts zu tun habe,

3. die Herstellung eines besseren Verhältnisses zum Reich und

4. die Umstellung der Polizei auf ihren staatserhaltenden Zweck und die Reform der höheren Schulen in einer unpolitischen Weise.

Da die Demokraten eine Regierung wohl mit bilden, aber sie wegen des Stimmenverhältnisses nicht stürzen konnten, so mußten sie verlangen, daß die Entziehung der Unterstützung so gewertet würde, als wenn sie durch eine parlamentarische Mehrheit erfolgte. Diese Zusicherung war gegeben worden. Zweifellos sei der Minister Liebmann der hauptsächlichste Anlaß zu dem Vorgehen der Demokraten gewesen, aber sicher nicht der alleinige. Die Reden des Ministers Liebmann hätten klar erwiesen, daß mit ihm die von Fellisch zugesicherte Politik nicht zu führen war. Das sei den Sozialdemokraten bereits am 5. Dezember zum Ausdruck gebracht worden. Bei Liebmann seien noch andre Dinge vorgekommen, die zum Teil noch nicht veröffentlicht seien. Da Liebmann aber der politisch einflußreichste Minister im Kabinett sei, lehnte Ministerpräsident Fellisch die demokratische Forderung auf Ausschiffung Liebmanns als Voraussetzung ihrer weiteren Unterstützung ab. Angesichts der Zusicherung, daß die Regierung zurücktreten werde, wenn die Demokraten das forderten, hatten die Demokraten ursprünglich von einem Mißtrauensvotum abgesehen. Sie mußten den Antrag jedoch einbringen, da der Ministerpräsident noch am Freitag vormittag erklärte, daß er nur zurücktrete, wenn eine öffentliche Erklärung der Demokraten erfolge. Daraufhin brachte die demokratische Fraktion in der 12. Mittagsstunde ihren Antrag ein, der sofort zum Rücktritt der Regierung führte.

•

Dazu möchten wir bemerken, daß den Demokraten bei der Bildung der Regierung Fellisch von der V. S. P. D. keinerlei irgendwie bindende Zusicherungen gegeben wurden. Genosse Fellisch hat nur versprochen, zurückzutreten, wenn er das Vertrauen der Demokraten nicht mehr genieße.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231217/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG